

**Empfang des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg
zum Beginn des neuen Kirchenjahres
28.11.2025 - Salvatorkirche**

Jakob Augstein

Wie politisch soll Kirche sein?

Guten Tag meine Damen und Herren, lieber Herr
Superintendent Urban, lieber Pfarrer Winterberg, herzlichen
Dank dafür, dass Sie mich eingeladen haben.

Wir feiern hier heute ihren Neujahrsempfang.
Denn in zwei Tagen beginnt das neue Kirchenjahr.
Und – ich habe nachgeschaut – die Epistel für diesen Tag ist
traditionell Römer 13. 8 - 12.
Sie beginnt mit den schönen Worten: “Bleibt niemandem etwas
schuldig außer, dass ihr einander liebt.”
Und auch im Weiteren geht nur um die Liebe. Das passt gut zur
Zeit vor Weihnachten. Aber darüber reden wir hier heute nicht.
Heute befassen wir uns mit dem, worum es am Anfang von
Römer 13 geht, wofür dieser Brief so berühmt ist:
“Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.
Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit
ist, ist sie von Gott angeordnet.”
Wir befassen uns also mit dem Verhältnis von Kirche und Staat
oder Kirche und Politik, wie man heute sagen würde. Und wir
werden im Verlauf unserer Geschichte auch auf Römer 13 zu
sprechen kommen und auf dieses sehr bedenkliche Zitat, das so
klingt, als sei Gehorsam die erste Christenpflicht. So ist es ja in
Wahrheit gerade nicht. Aber erst einmal zu der Frage selbst,
wie politisch soll Kirche sein?

Zu den drängenden Fragen der Gegenwart – soll die Kirche
eine Haltung zu Tempo 130 auf der Autobahn haben? Was ist
mit dem Klima? Die Frauenbewegung und überhaupt: der
Krieg in der Ukraine? Also zu diesen drängenden Fragen, und
wie sich und ob sich überhaupt die evangelische Kirche in
Deutschland dazu verhalten soll, kommen wir erst am Ende.
Vorher möchte ich gerne mit Ihnen zusammen versuchen, die
Frage – wie politisch soll Kirche sein – wirklich zu
durchdringen.

Die Frage lässt sich ja in verschiedene Richtungen lesen.
Wie **politisch** soll Kirche sein. Das klingt so, als wäre zum
Beispiel die Antwort möglich: gar nicht. Kirche soll gar nicht
politisch sein. So wie die von mir sehr geschätzte Margot
Käßmann in ihrem neuen Buch schreibt: “Immer wieder wurde
mir vorgehalten, es gebe in meinen Predigten zu viele
politische oder gesellschaftliche Bezüge, ich solle mich doch

auf »das Eigentliche« der Verkündigung beschränken. Aber was ist »das Eigentliche«? ”Wir müssen also untersuchen, ob das überhaupt denkbar ist: dass Kirche gar nicht politisch sein soll.

Die nächste Lesart lautet: **Wie** politisch soll Kirche sein. Das klingt so, als ginge es darum zu klären, in welchem Ausmaß Kirche politisch sein soll. Als könne man das wiegen und messen und dann entscheiden: ein bisschen mehr darf’s schon sein. Oder wie in der Werbung: Kirche - Jetzt Neu! Mit 20% weniger Politik!

Auch das werden wir klären.

Und schließlich: **Wie politisch** soll Kirche sein. Das wäre die Frage danach, auf welche Art und Weise Kirche eigentlich politisch sein soll. Sie ahnen bereits, dass ich diese Frage für die interessanteste halte

Wir fangen mit der Bibel an, da, wo ohnehin alles anfängt. Im Exodus stellt sich der Gott der Bibel Moses ohne Umschweife als politischer Gott vor, als Gott der Befreiung, als Gott einer nationalrevolutionären Bewegung.

“Ich habe das Elend meines Volks in Ägypten gesehen, und ihr Geschrei über ihre Bedränger habe ich gehört; ich habe ihre Leiden erkannt. Und ich bin herniedergefahren, dass ich sie errette aus der Ägypter Hand und sie aus diesem Lande hinaufführe in ein gutes und weites Land, in ein Land, darin Milch und Honig fließt.”

Man darf dabei nicht vergessen, dass Mose kurz zuvor einen Ägyptischen Aufseher erschlagen hatte. Er war der erste politische Mörder der Weltgeschichte. Und zu dem redet Gott von politischer Befreiung und sozialer Utopie.

Er zeigt sich als Gott der Armen und Unterdrückten, nicht als einer der Herrscher und Unterdrücker. Er ist da kompromisslos. Zitat aus dem Buch Amos “Ich will ein Feuer nach Juda schicken, das soll die Paläste von Jerusalem verzehren. ... So spricht der HERR: Um drei, ja um vier Frevel willen derer von Israel will ich sie nicht schonen, weil sie die Unschuldigen für Geld und die Armen für ein Paar Schuhe verkaufen. Sie treten den Kopf der Armen in den Staub und drängen die Elenden vom Wege.”

Und genau das verlangen und erwarten die Menschen von diesem Gott auch: dass er ihnen beisteht. Es gibt eine Formulierung, die oft auftaucht: “Und die Kinder Israels murrten.” Das ist eine schöne Lutherübersetzung. Dieses Murren ist ein Akt der Auflehnung, des Zweifels, der Unzufriedenheit, der Mensch beschwert sich bei Gott über seine Lage, über Hunger, Durst, Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit. Und Gott fühlt sich zuständig und reagiert. Er hält sich nicht raus, er sagt nicht: wenn ihr unterdrückt werden, klärt das bitte mit dem Pharao, und wenn ihr nichts zu essen und zu trinken habt, dann seid nur hübsch brav und fromm und hofft auf ein besseres Leben im Jenseits.

Oder nehmen Sie Jesaja 5.7.

“Und er hoffte auf Rechtsspruch, doch seht: Rechtsbruch!

Und auf Gerechtigkeit, doch seht: Schlechtigkeit!

Wehe denen, die Haus an Haus reihen,

die Feld an Feld rücken,

bis kein Platz mehr ist

und bis ihr allein noch im Herzen des Landes wohnt.”

Das Alte Testament ist voll von solchen Stellen, aus ihnen strömt unablässig das Widerständige, das Antibourgeoise kurz: das Revolutionäre in den christlichen Glauben. Und zwar bis heute. Man kann das überblättern oder verleugnen oder missverstehen, aber es lässt sich nicht ganz und gar unterdrücken, weil es zum Wesen und zum Charakter dieser Religion gehört. Ernst Bloch hat seinen Studenten in den Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie erklärt, warum die Bibel das Grundbuch der deutschen Bauernkriege werden konnte und gesagt: “Sie finden in den Aufrufen von Thomas Müntzer kaum einen Satz, der nicht ein Zitat aus der Bibel enthielte.” Die Bibel lässt sich nun einmal lesen als Buch der Anklage gegen das Unrecht und des Aufruhrs gegen die Unterdrückung, also als politisches Buch.

Auch die Jesus-Gestalt lässt sich so lesen, als kämpferischer Revolutionär.

Lukas 12.49

Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden;

was wollte ich lieber, als dass es schon brennte!

Matthäus 10.34

Denkt nicht, ich sei gekommen, um Frieden auf die Erde zu bringen! Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert.

In diesen Jesus-Worten ist ungeheuer viel Wucht zu spüren, das ist nicht der Jesus der Bergpredigt, sondern einer, der mit viel eschatologischer Siegesgewissheit daherkommt. Wir kommen auf Jesus noch zurück wenn es am Ende um das Verhältnis der heutigen Kirche zur Politik geht, und natürlich auch um die Haltung der Evangelischen Kirche zum Krieg – da hat sich ja jetzt gerade vor ein paar Tagen eine wie ich finde dramatische und sehr bedauerliche Verschiebung ergeben. Erst mal sind wir noch in einer Zeit, in der Jesus und seine Gläubigen ganz ohne Atomwaffen mit dem unmittelbar bevorstehenden Ende der Welt rechnen: mit dem jüngsten Gericht. Und alles, was er zum Verhältnis Religion und Staat sagt, kann man unter dem Eindruck des praktisch für übermorgen erwarteten Weltenendes verstehen: es ist nicht so wichtig, der Kaiser kann ruhig das haben, was seins ist und außerdem gilt: Mein Reich ist nicht von dieser Welt – auf der gehen nämlich ohnehin bald die Lichter aus.

Aber bekanntlich fiel das Weltenende damals aus und stattdessen wurde Jesus gekreuzigt und Paulus kam.

Paulus war überzeugt in einer Zwischenzeit zu leben. Christus war gestorben, auferstanden und zum Himmel gefahren, und eines Tages wird er zurückkehren. Man weiß nur nicht, wann. Und bis dahin musste eine neue Antwort auf die Frage gefunden werden, die Jesus zum Verhängnis geworden war: die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Staat. Der Staat beansprucht die totale Loyalität seiner Untertanen – und das tut die neue Religion auch. Der Gott des Tanach hatte von Anfang an klargestellt: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir! Eine Vergöttlichung der Herrscher, wie es sie im alten Ägypten gegeben hatte, und ihre Vergötterung, wie es sie in Rom noch gab, vertrug sich damit schon mal nicht.

Aber man muss schließlich sehen wo man bleibt und will jedem Konflikt mit dem Staat möglichst aus dem Weg gehen und außerdem weiß man den Nutzen staatlicher Ordnung zu schätzen, man weiß, was passiert, wenn sie zerfällt – wir müssen nur nach Haiti gucken oder in den Sudan. Und das wussten die Leute in der Antike ebensogut wie wir. Daraus resultierte ein widersprüchliches, dialektisches Verhältnis von Religion und Staat.

Da kommen wir jetzt zum Römerbrief: “Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet.” heißt es in Römer 13.1. Das ist ein spannender Satz – weil er der Beginn einer doppelten Buchführung ist. Einerseits haben wir hier eine herrschaftsstabilisierende Aussage: wer sich gegen die Obrigkeit auflehnt, lehnt sich gegen ein göttliches Gesetz auf. Das klingt ziemlich duckmäuserisch. Aber man muss bedenken: Paulus hat das ungefähr im Jahr 56 an die römischen Christen geschrieben, an eine kleine, schwache Minderheit mitten im Herzen eines autokratischen Imperiums – die großen Christenverfolgungen standen da noch bevor. Das ist noch keine politische Theorie sondern eher pastorale Krisenprophylaxe: Kopf runter und Ohren steif halten! Andererseits steckt da aber auch ein herrschaftsrelativierender Gedanke drin, denn der Staat selbst steht unter dem Regiment Gottes, und darf keinen Anspruch auf die letzten Dinge erheben. Der irdische Staat gehört nur zu den vorletzten Dingen. Und darum kann Paulus später auch im Philipperbrief sagen: Unsere Heimat ist im Himmel.

Übrigens noch ein Wort zu Paulus: bei ihm ist vom Urkommunismus den Jesus und seine Jünger praktiziert haben, noch eine Menge übriggeblieben:

Galater 3.2 Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.

Galater 6.2 Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.

Oder die Geldsammlung für die Gemeinde in Jerusalem von der im 2. Korinther Brief die Rede ist.

Man findet da bei Paulus kein politisches Programm, aber man findet eine gelebte Utopie, die eben zum Wesen des Christentums gehört. Und noch eine kleine Parenthese: wenn man sich den wirklich verbissenen Kampf der katholischen Kirche von Pius IX bis hin zu Pius XII gegen Marxismus und Sozialismus ansieht, wird man das Gefühl nicht los, es handele sich um den Kampf gegen den eigenen urkommunistischen Geist.

Paulus steckte noch im eschatologischen Denken, er musste die Zeit bis zur erwarteten Wiederkehr des Messias überbrücken. Je länger der auf sich warten ließ, desto mehr verschoben sich die Perspektiven. Aber dieser wirklich bedeutende Gedanke – Christen sind immer Bürger zweier Ordnungen – findet bei Paulus seinen Anfang. Und beschäftigt die christliche politische Theologie seither.

Ich erspare Ihnen die verschiedenen Etappen bis heute, zum Beispiel die Indifferenzlehre von Thomas von Aquin oder Luthers Zwei Reiche Lehre oder den Schock von Aufklärung und Revolution und Demokratisierung im 19. Jahrhundert.

Aber unter jeweils anderen politischen und sozialen Bedingungen ging es immer darum, das Nebeneinander von Kirche und Staat zu organisieren und zu rechtfertigen.

Ich habe Ihnen das so weitschweifig erklärt um zwei Punkte zu verdeutlichen:

Erstens: Das Christentum ist eine genuin politische Religion

Zweitens: Obwohl sich aus dem Christentum keine unmittelbare politische Doktrin ableiten lässt, kann sie politisch nicht neutral sein. Sie hat einen bias, wie man auf Englisch sagen würde. Sie neigt sich einer bestimmten Richtung zu.

Benedikt XVI hat in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag zwar gesagt, es gebe aus biblischer Sicht keine religiöse Ordnung der Politik und des Rechts, die auf Offenbarung beruht, sondern eine ethische, die den Menschen als Gottes Ebenbild und die Schöpfung ins Zentrum stellt. Aber aus der Selbsterniedrigung Gottes ergibt sich die politische Orientierung nach “unten” sozusagen von selbst – also der politische Kampf für die soziale Gerechtigkeit und für den Schutz der Rechtlosen.

Bis hierhin war es immer darum gegangen, dass Christenpflicht und Bürgerpflicht sich nicht widersprechen sollen. Und dann kam in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Theologe Karl Barth und sagt: sie gehören zusammen. Bislang stand das negative Verhältnis von Kirche und Politik im Zentrum – also die Frage der Abgrenzung von Kirche und Staat – von nun an ging es um das positive Verhältnis dieser beiden Ordnungen. Orare et laborare, dieser Leitspruch aus dem Geist der Benediktinerregel, beschreibt die zweifache Verpflichtung

eines Christen – nämlich Gott und der Gemeinschaft gegenüber. Und in der Barmer Erklärung von 1934 stellt Barth klar, dass es abwegig wäre so zu tun, ich zitiere: “als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.” Stattdessen folge “schnurgerade ... aus dem Glauben an die Gerechtigkeit Gottes eine sehr bestimmte politische Programmatik und Aufgabe.”

Dieser Gedankensprung war notwendig und möglich geworden in einer Umgebung, in der die deutschen Protestanten zeigten, wohin das Nebeneinander der Zwei Reiche führen kann – und zwar als sie selbst den Hitler-Staat als von Gott eingesetzte Obrigkeit anerkannten.

Barth sah sich sofort einer sehr interessanten Kritik ausgesetzt: eine Theologie, die von Christus her schnurgerade politische Folgerungen zieht laufe wohl oder übel auf eine Transformation des Evangeliums in das Ethische hinaus, der Gottesbegriff könnte zum ethischen Ideal verkommen.

Also stellt sich die Frage:

Transformiert Barth das Evangelium in Ethik, bleibt von der ganzen Theologie am Ende nur politische Ethik?

Instrumentalisiert man hier sein Gottesverständnis zur Legitimation politischer Überzeugungen?

Erzeugt man hier eine theokratische Überhöhung des eigenen Urteils?

Oder auf welche Weise ruft Gottes Gebot die Menschen sonst in konkrete Verantwortung?

Sie werden gleich sehen, wohin diese Fragen führen: nämlich direkt in unsere Gegenwart und die zeitgenössische Debatte. Sie erinnern sich, dass wir die Frage: Wie politisch soll Kirche sein, in drei Fragen aufgespleißt haben.

Dass Kirche unbedingt politisch sein muss, steht für mich außer Frage.

Die Frage ist eben nur wie - also in welchem Umfang und auf welche Weise und mit welchem Inhalt.

Damit sind wir bei Julia Klöckner.

Julia Klöckner, Präsidentin des Deutschen Bundestages, studierte Theologin, die sogar mal als Religionslehrerein gearbeitet hat, hat sich im April zu unserem Thema geäußert.

Sie hat zu Ostern in der Bild am Sonntag auf die Frage

“Warum treten immer mehr Menschen aus den Kirchen aus?” unter anderem Folgendes geantwortet:

“Wenn Kirche manchmal zu beliebig wird, oder zu tagesaktuellen Themen Stellungnahmen abgibt wie eine NGO und nicht mehr die grundsätzlichen Fragen von Leben und Tod im Blick hat, dann wird sie leider auch austauschbar. Ich meine: Klar kann sich Kirche auch zu Tempo 130 äußern, aber dafür zahle ich jetzt nicht unbedingt Kirchensteuer. Gut, es ist ein freies Land, da kann man alles sicherlich tun und machen.

Aber ich glaube, von Kirche erwartet man sich diese sinnhafte Begleitung, diese Antwort auf Fragen, die ich in meinem Alltag habe, vielleicht auch Trost und Stabilität.”

Noch am selben Tag fasste die Tageszeitung Die Welt diese Aussage zu dem Satz zusammen: “Julia Klöckner findet Kirchen zu politisch.” Und in der Folge musste sich dann Klöckner noch eine ganze Weile mit dieser Kritik herumschlagen, dass sie einer Entpolitisierung der Kirche das Wort geredet hatte.

Aber hatte sie das überhaupt?

Die Beschäftigung mit der Person Klöckner ist übrigens teilweise verblüffend frauenfeindlich – die angeblich linke taz lässt zum Beispiel keine Gelegenheit aus, immer wieder belustigt oder pikiert darauf hinzuweisen, dass Klöckner mal Weinkönigin war, und da möchte man den Genossen in Berlin gerne zurufen: nicht alles, was es in Kreuzberg nicht gibt, ist doof.

Nehmen wir Klöckner mal beim Wort. Ich halte es nicht für besonders geglückt, die Frage, zu welchen Themen sich die Kirche äußern oder nicht äußern soll, mit der Zahlung der Kirchensteuer zu verknüpfen. Die Kirche ist keine Jukebox, in die man eine Münze wirft und dann spielt sie deinen Lieblingssong. Aber die Frage, ob die Kirche sich zur Höchstgeschwindigkeit auf der Autobahn äußern soll, die halte ich für absolut berechtigt.

Ich habe nachgesehen, und tatsächlich, in Vorbereitung auf die 4. Tagung der 13. Synode 2023 beschloss die Synode der EKD sich intensiv mit den Herausforderungen des Klimaschutzes für die Mobilität zu befassen. In diesem Zusammenhang erlegte sich die EKD selber die Verpflichtung auf, dass kirchliche Autos auf der Autobahn nicht schneller als 100 und auf der Landstraße nicht schneller als 80 Stundenkilometer fahren sollen “um Treibhausgas-Emissionen spürbar zu reduzieren.”

Unwillkürlich sah ich vor meinem inneren Auge eine riesige Fahrzeugflotte, hunderte, tausende, ja zehntausende von Autos, alle unterwegs im Auftrag des Herren wie bei den Blues Brothers – denn so viele müssen es schon sein – also eine ganze Kirche auf Rädern – wenn da eine Temporeduktion an der Klimakatastrophe etwas ändern soll.

Ach so – und dann hiess es noch, dass “politische Bemühungen um ein zeitnahes allgemeines Tempolimit von höchstens 120 km/h” unterstütze.

Ich glaube durchaus, dass wir vor Gott eine Verantwortung für die Schöpfung haben. Und dass es die Aufgabe der Kirche ist, an diese Verantwortung zu erinnern. Aber ich glaube nicht, dass es im göttlichen Heilsplan irgendwo einen Passus für die Höchstgeschwindigkeit auf deutschen Autobahnen gibt. Oder

dass aus der Offenbarung die jeweils gültige Fassung der Straßenverkehrsordnung folgt.

Diese Stelle von der 4. Tagung der 13. Synode ist ein gutes Beispiel dafür, wo man landet, wenn sich die Kirche überschätzt. Hier gerinnt Gottes Gebot erst zum ethischen Ideal und dann gerinnt dieses Ideal zum Tempolimit.

Das meint "Ethisierung des Christentums" und dagegen hat sich Julia Klöckner gewendet – und da liegt sie übrigens ganz bei Karl Barth, der völlig missverstanden wird, wenn man ihm eine Ethisierung des Christentums vorwirft.

Wenn ich also ganz im Sinne unserer Bundestagspräsidentin und als Antwort auf unsere zweite Leitfrage, einen Rat geben darf: weniger ist mehr.

Und jetzt kommen wir zur letzten der drei Fragen, die uns heute beschäftigen: auf welche Art und Weise soll denn dann die Kirche politisch sein? Also welches wäre die politische Aufgabe der Kirche?

Es ist keine drei Wochen her, dass auf der EKD-Synode in Dresden die Denkschrift: "Welt in Unordnung - Gerechter Friede im Blick" vorgestellt wurde.

Untertitel: "Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen."

Diese Synode wäre für die EKD eine gute Gelegenheit gewesen, zu zeigen, wie politisch Kirche sein soll. Das Ergebnis ist leider eine Katastrophe.

Das Wort vom Gerechten Frieden benutzt die EKD schon seit dem Jahr 2007 als Leitbild. Erstens ist das ein hübscher Ausdruck und zweitens verschiebt er die Prioritäten vom Gerechten Krieg weg in die richtige Richtung. Also war das damals ein großer Fortschritt.

Aber so wie das Konzept in der neuen Denkschrift interpretiert wird, merkt man plötzlich, wie problematisch und gefährlich dieser Begriff in Wahrheit sein kann. Denn die Autorinnen der Denkschrift stellen fest, dass ein Gerechter Friede mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg. Und ein Waffenstillstand, der keine – ich zitiere – "belastbaren Freiheits-, Sozial- und Pluralitätsperspektiven" biete, werde auf Dauer nur neue gewaltförmige Konflikte provozieren. Darum müsse man leider ein sicherheitspolitisches Friedensverständnis ablehnen und also auch den Frieden, wenn er denn kein gerechter ist.

Das ist – im Wortsinn – eine verheerende Verdrehung der Begriffe. Wieviele Konflikte auf der Welt gibt es, wo man schon froh ist, dass nicht mehr geschossen wird – wo aber von rosigen Freiheits-, Sozial- und Pluralitätsperspektiven nur zu träumen ist? Wäre dort überall Gewalt gerechtfertigt, um den ungerechten in einen gerechten Frieden zu verwandeln? Ist es

nicht eher so, dass wir in einer sündhaften und schuldbeladenen Welt schon mit der zweitbesten Lösung zufrieden sein müssen, oder mit der drittbesten, oder der viertbesten?

Ganz praktisch sehen wir die Konsequenzen solchen Denkens jetzt gerade, während wir hier sitzen. Die deutsche und die europäische Politik – und offensichtlich auch die ukrainische – würde es vorziehen, den Krieg in der Ukraine fortzusetzen, also das Töten und Getötetwerden, das Leiden, die Verwundungen, den ganzen Schrecken des Krieges fortzusetzen, als die Ungerechtigkeiten eines Friedens zu akzeptieren, der in großem Umfang den russischen Vorstellungen folgt. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: viele der russischen Vorstellungen sind eindeutig nicht rechtmäßig. Und es ist eine politisch legitime Haltung zu sagen, aus übergeordneten Gründen ziehen wir eine Fortsetzung des Krieges vor. Es ist nicht meine Haltung, aber ich verstehe, dass man sie aus politischen Gründen einnehmen kann.

Aber ist es auch eine theologisch legitime Haltung?

Will die EKD wirklich einem Krieg ihren Segen geben, der nicht mehr zur unmittelbaren Gefahrenabwehr geführt wird – sondern aus politischen Gründen, aus Gründen des Rechtsprinzips oder der möglichen künftigen Gefahrenvermeidung? Also soll man heute mehr töten, damit man vielleicht morgen weniger töten muss?

Meiner Meinung nach – oder vielleicht sollte ich sagen: meinem Gefühl nach – verrät sich die Kirche hier selbst.

In ihrer neuen Denkschrift verdammt die Kirche den Krieg wie es sich gehört – aber dann findet sie ganz viele Gründe ihn zu führen.

Diese Denkschrift redet sogar einem Präventivkrieg das Wort – ja tatsächlich, es findet sich darin der Satz, dass “aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein” könne.

Und um das Maß vollzumachen rechtfertigt die Denkschrift jetzt auch den Besitz von Atomwaffen. An einer Stelle heisst es, der ethisch gebotene Verzicht bleibe zwar orientierend, sei aber angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber “politisch schwer zu vertreten.”

An einer anderen: Atomwaffen könnten “politisch notwendig” sein.

Man muss sich klarmachen, dass die EKD damit noch hinter den Standpunkt der Spandauer Synode von 1958 zurückgefallen ist. Damals wurden die beiden gegensätzlichen Haltungen zu Atomwaffen wenigstens noch in einer Komplementarität zusammengefasst.

Die FAZ hat dazu die Überschrift gefunden: “Das letzte Gefecht des Pazifismus.” Nicht schlecht. Nur – dass es da gar

kein Gefecht mehr gab, sondern nur noch Rückzug, Rückzug, Rückzug. Sie entschuldigen die militaristische Metapher.

Warum tut die Kirche das?

Mir fallen nur zwei Gründe ein.

Der eine ist schwerwiegend: die Kirche ist auf dem Weg der Ethisierung so weit fortgeschritten, dass sie nicht mehr in theologischen sondern in pragmatisch-alltagsmoralischen Kategorien denkt.

Der andere Grund ist schlichter: sie will mit dem Mainstream gehen.

Nehmen wir mal den Umgang mit dem Begriff der "Kriegstüchtigkeit"

Der ist den Autorinnen irgendwie unangenehm – weil man ja weiß, dass die Sprache das Denken in den Kategorien des Krieges befördern könne und das will man dann doch nicht (jedenfalls jetzt noch nicht). Aber andererseits ist das nun mal der Zug der Zeit und Boris Pistorius hat das Wort gebraucht, und der ist der beliebteste Politiker Deutschlands. Also bemüht man sich um Vermittlung und Erklärung, statt Kriegstüchtigkeit schlägt man Kriegstauglichkeit vor, eigentlich ist es aber auch egal, denn letztlich gehe es darum, sich in die Lage zu versetzen, "die eigenen Werte auch unter Androhung und im äußersten Fall unter Einsatz ethisch verantwortbarer Gewalt zu verteidigen."

Übrigens, alle Menschen, die Krieg führen, würden sagen, sie tun das im Dienst ihrer eigenen Werte. Was auch sonst?

Wie groß hier der Wunsch nach Anpassung an den Zeitgeist ist, wird auch an der Stelle deutlich, wo es in der Denkschrift heisst: "Sachlich ist festzustellen, dass eine ausreichende Ausstattung der Bundeswehr für einen Verteidigungsfall derzeit nicht gegeben ist."

Woher wissen die AutorInnen dieses Textes das? Nun, sie haben es vermutlich in der Zeitung gelesen. So wie ich gerade in dieser Woche die Aussage des Generalleutnants Holger Neumann gelesen habe: "Wir sind heute verteidigungsfähig, weil wir es heute sein müssen."

Und der Mann ist immerhin Chef der Deutschen Luftwaffe.

Jetzt können Sie natürlich sagen: das muss er ja behaupten, das gehört zu seiner Arbeit. Aber gehört es auch zur Arbeit der Kirche sich mir dem Generalleutnant der Luftwaffe in einen Disput über die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu begeben? Also tief hinabzusteigen in die politischen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Gegenwart? Ich finde nein.

Die ganze Denkschrift strotzt von geopolitischen Analysen und politikwissenschaftlichen Erklärungen, die ich lieber in einem Leitartikel der FAZ oder des Economist lesen möchte, als in einer Denkschrift der EKD – bis hin zur beinahe satirischen Empfehlung, Deutschland möge sich unbedingt an einer “gemeinsamen militärischen Weltraumstrategie” beteiligen. Ich bin sicher, wenn die EKD Raumschiffe hätte, würden die Autorinnen der Denkschrift sie gleich startklar machen. Ich sage nur: bitte das interstellare Tempolimit beachten!

Wir brauchen die evangelische Kirche nicht, um die Bemühungen um die Aufrüstung zu fördern. Das macht der Rest der Welt schon sehr erfolgreich.

Wir brauchen die Kirche, für Interventionen zugunsten diplomatischer Initiativen zur Beendigung dieses Krieges und anderer Kriege.

Also wir brauchen die Kirche, um die Bemühungen um den Frieden zu fördern nicht um den Krieg zu rechtfertigen.

Ich komme zum Schluss.

Von unserem heutigen Lieblingstheologen Karl Barth stammt der hübsche Satz: “Es ist nicht wahr, dass der glaubende Mensch am Kommen des Reiches Gottes mitzuarbeiten habe.”

Darum muss die Kirche gar keine Antworten bereithalten, mit welcher Politik genau das Klima zu schützen ist oder mit welcher Politik, der Frieden gewahrt werden soll oder welche Waffen man gerade noch liefern darf und welche nicht.

Es ist nicht die Aufgabe der Kirche dem Staat im Namen Gottes to-do-Listen weiterzureichen.

Die Kirche mahnt, kritisiert, segnet – aber sie regiert nicht.

Ja, die Welt ist im Wandel. Oder, wie die Denkschrift, sagt: Die Welt ist in Unordnung.

Um so dringender brauchen wir eine Kirche, die an ihren unwandelbaren Werten festhält, die standhaft ist, und nicht eine, die sich anpasst.

Die Kirche verfügt im Überfluss über eine besondere irdische Ressource, die allen anderen Institutionen abgeht – dem Individuum ohnehin: Zeit. Sie kann Antworten geben, die aus den Erfahrungen von Jahrhunderten schöpfen.

Sie muss eine so entscheidende Frage wie die Haltung zum Krieg wirklich nicht danach ändern, je nach dem, welcher Krieg gerade geführt wird.

Das gilt erst Recht für die Haltung zu Atomwaffen. Die Kirche darf keine Rechtfertigung liefern, für etwas, was sie ethisch und theologisch für falsch hält, aber für “politisch notwendig”.

Denn was “politisch notwendig” scheinen mag, ist den politischen Konjunkturen unterworfen – die theologische und moralische Position der Kirche sollte das nicht sein. In diesem

Sinne darf Kirche niemals “politisch” sein. Und wenn sie es ist, dann ist das eine Katastrophe, moralisch, theologisch und übrigens auch politisch. Und zwar weil die Kirche damit am Ende auch ihre politische Funktion einbüßt.

Ich denk, die Kirche sollte ihr politisches Handeln an diesem Wort Karl Barths orientieren, mit dem ich schließen möchte:

“Aus dieser Natur des Glaubens folgt nach dem Lukasevangelium und nach dem Jakobusbrief ebenso wie nach [den] Propheten eine politische Haltung, die entscheidend dadurch bedingt ist, daß der Mensch allen denen gegenüber verantwortlich gemacht ist, die vor seinen Augen arm und elend sind, daß er seinerseits aufgerufen ist für das Recht . . . derer einzutreten, die Unrecht leiden. Warum? Weil ihm in ihnen sichtbar gemacht wird, was er selber vor Gott ist.”
Nämlich der, der sich “notwendig als Sünder erkennen und bekennen muß. Eben der seine Sünde erkennende und bekennende Mensch ist ja recht eigentlich der Arme, dessen Sache Gott in seiner Gerechtigkeit zu seiner eigenen macht.”

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir zugehört haben, ich wünsche Ihnen einen frohen Ersten Advent und eine gesegnete Weihnachtszeit.